

Antragsteller/in: Landesverband Rheinland-Pfalz

Der Bundeskongress möge beschließen:

Die DFG-VK fordert in der Abschlusserklärung des Bundeskongresses die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbot beizutreten. Der Buko beschließt folgenden Textbaustein für die Erklärung und setzt sich für das Atomwaffenverbot ein:

„Wir [DFG-VK] fordern die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbot der UNO beizutreten. Damit dürfen deutsche Piloten nicht mehr den Abwurf von Atomwaffen trainieren. Die auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel gelagerten A-Sprengköpfe müssen vernichtet werden. Die geplante Modernisierung der Atomwaffen wäre obsolet. Auch darf Deutschland beim Beitritt zum Abkommen nicht mehr in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO mitarbeiten. Die Bundesregierung schlägt damit zusammen mit vielen anderen Staaten einen Weg zu einer atomwaffenfreien Welt ein. Das ist ein wichtiger Schritt zum Austritt aus einer atomwaffenfreundlichen NATO. Dem müssen weitere Schritte hin zur Abschaffung der Bundeswehr folgen. Dazu gehören auch Einstellung von Waffenproduktion, Waffenhandel und Entmilitarisierung der Gesellschaft. Schließlich ist Krieg ein Verbrechen an der Menschheit.“

Begründung: Am 20.09.2017 haben über 50 Staaten der 193 UNO Mitgliedstaaten das zwischen 122 Mitgliedern ausgehandelte Atomwaffenverbotsabkommen unterschrieben. Das Procedere geht weiter, nach Ratifikation von mindestens 50 Staaten und einer Frist von 90 Tagen ist das Abkommen Völkerrecht. **Genau dieses Abkommen boykottiert die Bundesregierung. Sowas dürfen wir nicht unwidersprochen lassen.** – Mehr dazu: www.icanw.de